

Die Satzungsgeschichte

– Chronologie des Unglaublichen –

Von der Entstehung der „Bremer Satzung“ bis zum missratenen Parteitag im Januar 2015.

Am Anfang dieser Satzungsgeschichte steht der Bundesparteitag in Erfurt im März 2014. Der als Beschlussvorlage für den Parteitag versandte Satzungsentwurf löst in der Partei heftigen Unmut aus („Luckes Ermächtigungsgesetz“, Der Spiegel, 17.03.2014). Um größeres Unheil am Parteitag zu verhindern, wird den Mitgliedern – wenige Stunden vor dem Parteitag – eine leicht „entschärfte“ Version übermittelt, die sogenannte „Konsenssatzung“. Doch die Mitglieder fühlen sich vor den Kopf gestoßen und wischen auch diesen Entwurf vom Tisch. Die Satzungsdebatte wird aus der Tagesordnung gestrichen.

Der Erfurter Bundesparteitag vom März 2014 beauftragte nun die „Satzungskommission Bund“ (im Weiteren „SK“ genannt) mit einer „Neufassung“ der Bundessatzung und Nebenordnungen. Die Kommission setzte sich aus 16 Vertretern aus den Landesverbänden und zwei Bundesvorstandsmitgliedern zusammen. Entgegen der gestreuten Vorwürfe „Demokratiedefizite“, „Verfahrenstricks“ und „Spielchen“ konnte die SK uneingeschränkt als Vorzeige-Gremium der Partei bezeichnet werden, mit demokratischer, gut-organisierter und transparenter Arbeitsgestaltung wie Verfahrensordnung. Diese vorbildlichen theoretischen Grundlagen sowie die positive Arbeitsbasis der beteiligten Personen haben die anfangs konstruktiven, ergebnisoffenen aber zielorientierten Beratungen und in hohem Maße einvernehmlichen Beschlüsse ermöglicht.

Bis zum erstmaligen Erscheinen des Bundessprechers Prof. Bernd Lucke.

Was dann geschah, soll hier in einer Zusammenfassung der wesentlichen Vorgänge dargestellt werden. Aus Gründen der Loyalität und zum Wohle der Partei haben wir diese sicherlich erschreckenden Vorgänge seither der breiten Öffentlichkeit vorenthalten. Mit der Gründung des „Weckruf2015“, den vorgeschützten Extremismus-Warnungen und der öffentlichen Diffamierung redlicher Parteimitglieder aufgrund persönlicher Befindlichkeiten und Machtansprüche hat sich die Situation jedoch nachhaltig verändert. Es erscheint nunmehr geradezu notwendig, durch die Offenlegung der unten angeführten Begebenheiten unbedarften Mitgliedern einen beispielhaften Einblick in „das System“ zu geben und die kolportierte Gut/Böse-Achse deutlich in Frage zu stellen.

1 Der vielversprechende Start

Ab der ersten Sitzung am 08.06.14 gehen die Beratungen zügig, in guter Atmosphäre und Motivation voran. Am 17.08.14 ist der Entwurf der Bundessatzung fertig. Bis zum 17.08.14 ist Bernd Lucke von 9 Sitzungstagen lediglich an einem Tag anwesend. Hinzu

kommt noch die erstmalige Anwesenheit am 5. Sitzungstag für 2,5 Stunden (s.u.); eine Vertretung durch ein anderes Bundesvorstandsmitglied findet nicht statt. Auch die Möglichkeit einer vorgesehenen Online-Abstimmung für in der Präsenzsitzung verhinderte Mitglieder bleibt ungenutzt. Erstes Ungemach zeigt sich jedoch in einer E-Mail Bernd Luckes vom 29.06.14 „Ich hatte zunächst vor, von dem von Herrn Meier beschriebenen Instrument des Antrags auf Nachabstimmung Gebrauch zu machen. Aber angesichts der Vielzahl der Dissense ist das aussichtslos.“

2 Die „Monita“

Juli 2014: Bernd Lucke erstellt eine Liste der „Monita“ (Monitum = Tadel, Rüge, Beanstandung) über die „Änderungen Satzungskommission gegenüber Konsensentwurf“. Er versendet diese jedoch nicht an die Mitglieder der Satzungskommission, sondern an Bundes- und Landesvorstände. Die SK erhält das Dokument mehr als einen Monat später, am 01.08.2014. Da ist die Republik bereits in Aufruhr wegen der subversiven und „eifernden“ Satzungs-Rebellen. In den Monita findet sich eine Auflistung von 44 Kritikpunkten, in denen Bernd Lucke viele Einzelvorschläge der Kommission mit Bezeichnungen wie „Unfug“, „undurchdacht“ usw. rügt. Im Vorwort dieser Beanstandungen schreibt er, die Satzungskommission habe „rote Linien“ und „Kompetenzen“ überschritten und verurteilt „inakzeptable Änderungen“. Gemeint sind dabei Änderungen des „Erfurter Entwurfs“, mit dem sich der Parteitag seinerzeit überhaupt nicht beschäftigt hatte. Es handelte sich um einen „Entwurf“, der vor allem Luckes Handschrift trug.

3 Die Bestürzung

Am 29.06.14 schreibt Bernd Lucke an die Satzungskommission, er sei über die Ergebnisse der Arbeit „tief bestürzt“. Im Wortlaut heißt es weiter: „An den entscheidenden Punkten sind Veränderungen vorgenommen worden, die sich fundamental gegen die von mir in den Konsensgesprächen vertretene Linie richten. Dieser Satzungsentwurf ist für mich völlig inakzeptabel. Er erschwert in unzumutbarer Art die Arbeit des Bundesvorstands, schafft den Konvent als eine Art Gegenregierung und destabilisiert in vielen kleinen Details die Partei.“ Abschließend bittet er die SK, „in sich zu gehen und sich zu überlegen, was eigentlich das Ziel der Arbeit ist.“

4 Der erste Auftritt

Am 5. Sitzungstag nimmt Bernd Lucke erstmals an der Sitzung teil und erklärt zu Beginn nochmals seine Ablehnung des Entwurfs. Nach einstündiger Diskussion stellt er einen Antrag über eine (nochmalige) Schlussabstimmung der SK über die Gesamtheit des bis dahin fertiggestellten Entwurfes. Als der Antrag von der Satzungskommission mit 4/7 Stimmen (und 2 Enthaltungen) abge-

lehnt wird, verlässt Bernd Lucke mit folgenden Worten die Sitzung:

„Meine Damen und Herren, unter diesen Umständen sehe ich keinen Sinn mehr in der Satzungskommission mitzuarbeiten. Ich werde diesen Satzungsentwurf mit allen Mitteln bekämpfen.“

Diese Ansage sollte sich nicht als leere Drohung herausstellen.

5 Der verdrehte Antrag

Am 26. Juli stellt Bernd Lucke per E-Mail folgenden Antrag **„Die Satzungskommission stimmt den in den bisherigen Sitzungen vorgesehenen Änderungen des Erfurter Konsensentwurfes zu. Sie betrachtet den so entstandenen Satzungsentwurf als den im Erfurter Parteitagbeschluss erwähnten ‚finalen Vorentwurf‘ und beschließt diesen.“**

Nach der ersten Verwunderung ob der plötzlichen Zustimmung von Bernd Lucke zum bis dahin erarbeiteten neuen Satzungsentwurf ergab sich die Auflösung beim Weiterlesen der E-Mail. (Zum Verständnis sei hier angemerkt, dass nach der Verfahrensordnung Regelungen mit Zwei-Drittel-Mehrheit beschlossen werden müssen.) Beabsichtigt war durch den Antragsteller, dass der Antrag abgelehnt würde und dadurch die Arbeit der SK annulliert würde. Damit, so hoffte der Antragsteller Lucke, würde der „Erfurter Entwurf“ unverändert von der SK weitergereicht. Ein listenreiches Vorgehen, dem sich die Kommission jedoch versagte.

6 Erste Kompromissvorschläge

Die SK Bund unterbreitet ab 30.07.14 Bernd Lucke Kompromissvorschläge. Er solle fünf bis sieben Satzungsregeln nennen, bei denen er schwerwiegende Kritikpunkte anbringen könne. Über diese wolle man dann nochmals beraten und abstimmen. Der Vorschlag in mehreren Varianten findet keine Zustimmung bei Bernd Lucke.

7 Demokratiedefizit und der geplatzte Kragen

Der letzte Kompromiss-Vorschlag der SK vom 30.07.14 bleibt unbeantwortet; stattdessen erreicht die SK am 01.08.14 eine E-Mail von Bernd Lucke mit dem Titel „Demokratiedefizite der Satzungskommission“. Im Verteiler sind auch die Landesvorstände. Seine Beschwerde über die Beschränkung der Zahl seiner Veränderungswünsche auf fünf bis sieben Kernpunkte („warum diese Beschränkung?“) gipfelt schließlich in den Worten: **„Meine Damen und Herren, mir platzt hier wirklich der Kragen! Wenn wir ernsthaft reden wollen, dann können wir das tun. Aber ich habe weder Zeit noch Lust, Spielchen zu spielen, die so wirken, als solle man mit Verfahrenstricks auf den Leim geführt werden.“**

8 Bernd Lucke verklagt die Satzungskommission

Am 13. August 2014 beantragt Bernd Lucke eine einstweilige Anordnung gegen die Satzungskommission.

Bernd Lucke beantragt die Ungültigkeit der Beschlüsse der Satzungskommission wegen fehlender Anwesenheit von Mitgliedern (seine eigene Abwesenheit an den ersten 9 Sitzungstagen, siehe oben!). Beschlüsse könnten nur mit einer 2/3-Mehrheit der Soll-Mitglieder, also 12, gefasst werden.

Außer neben der völlig unüblichen Beziehung der Mehrheit auf Soll-Besetzungen haben Albrecht Glaser und Jens Paulsen in zwei erwiderten Schutzschriften an das Bundesschiedsgericht u.a. auf

folgende groben juristischen Fehler der Klage hingewiesen:

- Nicht-Zuständigkeit des Bundesschiedsgerichts
- Keine Parteifähigkeit auf Antragsgegenseite vorhanden
- Abgelaufene Anrufungsfrist für Klage
- Rechtsschutzbedürfnis des Antragsstellers nicht vorhanden
- Antrag ohne Begründung

Nichtsdestotrotz gibt das Bundesschiedsgericht dem Antrag von Bernd Lucke statt. Die Klage-Erwidern wird vom Bundesschiedsgericht überhaupt nicht behandelt. Auch das eingelegte Rechtsmittel ist bis zum heutigen Tag nicht behandelt und nicht entschieden worden.

9 Mitgliederaustausch und Repressalien

Ab August 2014 wurde durch teilweise groteske Aktionen versucht, unliebsame Satzungskommissions-Mitglieder auszutauschen oder zu beeinflussen. Ein Landesvorsitzender teilte die Erkrankung „seines“ Mitglieds der SK mit, ohne dass dieser darüber Bescheid wusste. Der Landesvorstand Berlin ersetzte seinen Vertreter durch einen Angestellten der Bundesgeschäftsstelle. Das ursprüngliche Mitglied könne aus beruflichen Gründen nicht mehr teilnehmen. Der Vertreter des LV Brandenburg wollte den neuen Vertreter von Berlin mit einer zweiten, also seiner Stimme ausstatten und dafür selbst den Sitzungen fernbleiben.

Ständigen Repressalien und Mobbing ausgesetzt, schrieb am 16.09. ein Mitglied der SK in einer privaten E-Mail:

„... so etwas habe ich noch nie erlebt. Ich fühlte mich in die Enge getrieben, angefeindet und ausgegrenzt. Was de facto auch der Fall war. Werde ich aber öffentlich und offiziell nie zugeben...“

Des Weiteren bat ein SK-Mitglied in einem Telefongespräch um die Durchführung der kritischen Abstimmungen in anonymer Form, da sein Landesvorstand ihm jedes von Bernd Lucke abweichende Abstimmverhalten einzeln vorgehalten habe.

Der (damalige) hessische Landesvorsitzende Gunter Nickel drohte dem Sprecher der SK, Albrecht Glaser, mit dessen sofortiger Abberufung aus der Satzungskommission.

Ein anderes (eingetaushtes) Mitglied der SK berichtete im Vertrauen, dass sein Landesvorsitzender ihn mit dem Auftrag in die SK entsandt habe, jeweils das Stimmverhalten von Bernd Lucke abzuwarten, um sich dann stets anzuschließen.

10 Die Ländertelefonkonferenz

Ab August 2014 beschäftigt sich nun auch die sogenannte „Ländertelko“ ausgiebig mit dem Thema Satzungskommission, unter Koordination von Jens Paulsen, Landesvorstandsmitglied und Vertreter Niedersachsens in der SK. Die „Ländertelko“, weder Organ, offizielles Partei-Gremium, noch mit einem Auftrag des Parteitages ausgestattet, fasst nunmehr einige kuriose „Beschlüsse“ zum Thema: Die „öffentliche namentliche Online-Abstimmung“, um Landesvorständen die Möglichkeit zu geben, ihre SK-Mitglieder „auf Spur“ zu bringen; ausserdem die Entsendung eines zusätzlichen Vertreters pro Landesverband in die Sitzung, um den Mitgliedern der Satzungskommission einen redeberechtigten Beobachter an die Seite zu stellen, zur „breiteren Verankerung des Parteiwillens“; zudem die Vorab-Zustimmung zu den drei Knackpunkten von Bernd Lucke (Einzelspitze, Generalsekretär, Prinzip der „Doppelten Mehrheit“ im Konvent). Als die Online-Abstimmung über diese „Beschlüsse“ der Ländertelko startet, spitzen sich die Einflussnahmen

gegenüber den SK-Mitgliedern zu. Trotzdem erhält der Antrag lediglich 11 JA-Stimmen. Etwa zwei Stunden vor Ablauf der Abstimmungsfrist tritt ein bis dahin zögerndes, dem psychischen Druck nicht mehr gewachsenes SK-Mitglied, aus der Satzungskommission zurück. Die notwendige 12 Stimmen-Mehrheit zur Manipulation der Beratungsergebnisse der SK wird nicht erreicht. Den illegitimen Pressionen auf sachkundige SK-Mitglieder blieb der Erfolg (knapp) versagt.

11 Was nicht passt wird passend gemacht: Die Mehrheits-Beschaffung

Entgegen diesem tatsächlichen Ablauf der Ereignisse erklärt der Koordinator der Ländertelko, Jens Paulsen, die Satzungskommission habe dem Antrag der Ländertelko zugestimmt.

Die Begründung dieser Darstellung lautete: Ein Landesvorstandsmitglied, das zwar nicht Mitglied der Satzungskommission sei, aber dem gleichen Landesvorstand wie das zurückgetretene SK-Mitglied angehöre, habe ihm in einer E-Mail die Zustimmung zum Antrag erklärt. Ferner könne man ausgehend von nunmehr 17 Kommissionsmitgliedern zur Berechnung der erforderlichen 2/3-Mehrheit von 11,33 auf 11 abrunden!

12 Der Berliner Konsensvorschlag

Am 17.09.14 stellt das Berliner SK-Mitglied einen weiteren Vorschlag in den Raum; auch diesem sogenannten „Berliner Konsensvorschlag“ stimmt Bernd Lucke nicht zu.

13 Die Sitzung unter Aufsicht

Am 20./21. September traf sich die SK ein weiteres Mal. Es sollten die „Knackpunkte“ und weite Teile der Satzung mit den „Länderaufsehern“ nunmehr ein wiederholtes, drittes Mal beraten werden. Von den Diskussionen über die Übertragung von Stimmrechten und doppelten Stimmrechten bis zu den imperativ gesteuerten Beiträgen einiger Länderbeobachter wird diese Sitzung jedem Freund von Demokratie und des eigenständigen Denkens als Albtraum in Erinnerung bleiben.

14 Der Putsch von oben

Am 2. Oktober 2014 teilt Bernd Lucke in einer E-Mail völlig überraschend mit, dass Glaser, Brett, Meier keine Sprecher/Schriftführer der Satzungskommission mehr seien. Vier Monate nach deren Wahl in der ersten Sitzung:

Lieber Herr Meier,
haben Sie vielen Dank ...

Eines möchte ich der guten Ordnung halber aber doch bemerken: Herr Glaser unterzeichnet unten als Sprecher und Sie als Schriftführer der SK. Das ist nicht korrekt. Wir haben keinerlei derartige Beschlüsse gefasst und die Wahlen der ersten Sitzung sind wegen Nichterreichens der 2/3-Mehrheit nicht gültig. Ungeachtet dieser formalen Feststellung möchte ich Sie ausdrücklich bitten, die Aufgaben des Schriftführers weiterzuführen, denn Sie haben sie bislang m. E. in vorbildlicher Weise erledigt.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Bernd Lucke

Ein Widerspruch aus der SK sowie ein Antrag auf Einstweilige Anordnung beim Bundesschiedsgericht vom 20.11.14 mit der Rüge, dass die Zweidrittelmehrheit des Erfurter Parteitagebeschlusses über die Kommission sich nur auf die fachliche Arbeit der SK beziehe und nicht auf ihre Selbstorganisation, ist bis heute unbearbeitet.

15 Übernahmeversuche durch Bundesgeschäftsstelle

12. Oktober 2014: Ohne Absprache oder Auftrag der Satzungskommission schreibt ein BGS-Angestellter und „tageweises SK-Mitglied Berlin“ die AfD-Parteimitglieder mit der Bitte um Stellungnahme zur Satzung an. Dem Anschreiben „im Namen der Satzungskommission“ werden unvollständige/unkorrekte Regelwerke angefügt. Ferner stellt das Anschreiben fest, dass die FBO/GO/WO ungültig seien, obwohl diese von der SK beschlossen waren; auch wird zum Einsammeln der Mitgliederanträge nicht das von der SK beschlossene Verfahren verwendet. Reklamationen und Beschwerden verhallen ohne Reaktion.

31. Oktober 2014: Der (damalige) Bundesgeschäftsführer lädt die Satzungskommission zu einer weiteren, letzten Sitzung ein. Ohne Auftrag oder Absprache mit der SK, in Widerspruch zu deren Beschlüssen und deren Einladung, zu einem anderen Termin (Freitag/Samstag) und Ort (Berlin). Die eingeschränkte Verfügbarkeit berufstätiger SK-Mitglieder, Terminüberschneidungen mit Landesparteitagen und BFA-Sitzungen interessieren nicht. Es werden erneut die „Länderbetreuer“ zusätzlich zu den SK-Mitgliedern eingeladen. Auf der „Tagesordnung“ der Einladung findet sich zudem der Punkt Neuwahl von Sprecher/Schriftführer der SK. (Anmerkung: Zu einer „Neuwahl“ kommt es aber nicht, da ein früherer Bestätigungsbeschluss nicht mehr in Frage gestellt wird.)

16 Ende und Tiefpunkt

Zum Wohle der Partei, sicherlich aber auch, um den „Länderbeobachtern“ nicht das Feld zu überlassen, kommen die Mitglieder der SK der dubiosen Einladung nach. Man trifft sich zur abschließenden Sitzung in Berlin am letzten Freitag und Samstag im November 2014. Nach einem anfänglichen Tumult verläuft die Sitzung verhältnismäßig ruhig, was angesichts der Vorereignisse durchaus verwundert. Anhand der Mitgliederstellungnahmen werden große Teile der Satzungsregeln nun zum vierten Male diskutiert und beraten.

Dem Abschluss des schmerzvollen Entstehungsprozesses des neuen Satzungsentwurfs folgte dann die vorhersehbare Blamage von Bremen: Der Satzungsparteitag.

Trotz aller Bedenken, Hinweise und Beschwerden und der Vorlage eines seriösen Rechtsgutachtens wurde der 3. Bundesparteitag der Alternative für Deutschland „durchgezogen“. Das sollte viel Geld kosten und erneut mehr Probleme bereiten als lösen. Wir alle sitzen auf einer Rechtsruine, deren Reparatur bis in diese Stunden noch nicht geklärt ist. Wir sind die Partei des „Rechtsstaats“ und des Rechts. Dies klingt vielen von uns noch in den Ohren. In Wahrheit sind wir verkommen zur Partei der Parolen. Es braucht einen Neuanfang! ■

Werner Meier (Autor, Schriftführer Satzungskommission)
Julian Flak (Mitglied der Satzungskommission)